

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 6.50 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sehen die achtspaltige Kompositionsteile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen des festgedruckten Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Lesungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeitsaufnahme der Maschinisten und Heizer.

Der Beschluß der Heizer und Maschinisten.

Wie wir in später Abendstunde erfahren, hat eine Versammlung der Maschinisten und Heizer beschlossen, nachdem die Unternehmer ihre Verhandlungsbereitschaft auf der geforderten Grundlage erklärt haben, die Arbeit heute früh wieder aufzunehmen. Es sollen aber nur Notstandsarbeiten verrichtet werden, und zwar so lange, bis das, auf Veranlassung von Noske, verhaftete Arbeiterratsmitglied Sylt wieder freigelassen ist. Erst nach seiner Freilassung wird der volle Betrieb aufgenommen.

Die Annahme des Verhandlungsvorschlages.

W. T. B. berichtet: Die in der Sitzung vom 16. Oktober im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz von Geheimrat Sigler aufgestellte Verhandlungsvorschläge ist von dem Verband der Metall-, Eisen- und Stahlindustrien und dem Metallarbeiterverband innerhalb der gestellten Zeit angenommen worden. Das Schiedsgericht, dem hiernach im beiderseitigen Einverständnis die endgültige Regelung der Streitpunkte übertragen ist, wird nach am Sonnabend, den 18. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium zusammengesetzt werden.

Noskes Streikverbot.

Das Oberkommando Noske hat an die Bevölkerung von Groß-Berlin folgende Verordnung gerichtet: Für einen großen Teil Berlins bestehen ernste Gefahren infolge Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe. Bereits sind Krankenhäuser zum Teil nicht mehr in der Lage, Operationen durchzuführen, die zur Erhaltung des Lebens von Patienten notwendig wären.

Weitere Einstellung der Arbeit in lebenswichtigen Betrieben würde unabsehbare Nachteile für die Berliner Bevölkerung mit sich bringen.

In wirtschaftliche Kämpfe einzugreifen, liegt mir fern; doch kann ich nicht dulden, daß Hunderttausende von Berliner Arbeitern gegen ihren Willen zum Feiern ohne Entschädigung gezwungen werden, daß Leben und Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird.

Auf Grund des Belagerungszustandes verbiete ich daher jedwede weitere Verletzung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, insbesondere Verstärkungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und -Leitungen.

Ruwindhandelnde sehen sich einer Bestrafung bis zu 1 Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung aus, soweit nicht nach den allgemeinen Strafrecht eine höhere Strafe verwirkt wird.

Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: Alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität, sowie die öffentlichen Verkehrsmittel.

Der Oberbefehlshaber
v. Noske.

Noskes Rückzug.

Berlin, 17. Oktober. Freitag abend 8 Uhr fand eine einstündige Versammlung der Vertreter der Fünfschnecker-Kommission und der Gewerkschaftskommission andererseits wegen des Erlasses vom 17. Oktober.

Nach längerer Aussprache, an der sich alle Delegierten der beiden Körperschaften beteiligten, wurde vom Reichswehrminister folgende Erklärung abgegeben:

Ich erkläre: Sowie die Maschinisten und Heizer die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben aufnehmen,

fällt meine Verfügung vom heutigen Tage fort. Zur gleichen Zeit wird die Nothilfe zurückgezogen.

v. Noske.

Die Streikbrechergarden an der Arbeit.

W. T. B. berichtet: Das Charlottenburger Elektrizitätswerk wird heute von der Technischen Nothilfe aufrecht erhalten. Die Arbeit schreitet gut fort. Die Ueberlandzentrale Bitterfeld ist von den Arbeitern ausgeschaltet. Alle Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind von der Technischen Nothilfe getroffen. Das Elektrizitätswerk Lichtenberg ist in den Streik getreten. Die Technische Nothilfe wird auch dort eingreifen.

Die Arbeiter auf dem Elektrizitätswerk Stralauerhammelsburg haben die Arbeit niedergelegt. Die Technische Nothilfe wird alsbald eingreifen.

Das Roabiter Städtische Elektrizitätswerk, von dem der gesamte Strom der Berliner Straßenbahn abhängt, stand gleichfalls still. Da die Krankenhäuser von Moabit an die Technische Nothilfe die dringende Bitte gerichtet haben, Strom weiter zu liefern, damit die Kranken operiert werden können, hat die Technische Nothilfe sofort eingegriffen und wird den vollen Betrieb aufnehmen.

Solidaritätsstreik in Jschernowiß.

Halle, 17. Oktober.

Die Arbeiter des Kraftwerkes Jschernowiß bei Bitterfeld, das Berlin mit Kraft und Licht versorgt, haben heute vormittags kurz nach 10 Uhr die Arbeit einstellt. Es handelt sich um einen Solidaritätsstreik im Anschluß an die Berliner Streikbewegung.

Der Verbandstag der Metallarbeiter zum Berliner Streik.

Die einstimmig angenommene Entschlieung.

Die XIV. Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes spricht allen zur Zeit im Kampfe stehenden Kollegen ihre Sympathie aus und versichert ihrerseits alles zu tun, um diese Kämpfe zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Generalversammlung erklärt in den der Arbeiterschaft ausgesetzten Kämpfen den planmäßigen Versuch, die Arbeiterschaft zu willenslosen Ausbeutungssubjekten zu machen und die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Diese Absichten zu verhindern ist die Generalversammlung fest entschlossen.

Die Generalversammlung erhebt auch den schärfsten Protest gegen alle von Organen der Regierung oder sonstigen Behörden erlassenen Maßnahmen, die geeignet sind, die geschlechtlich gewährleisteten Rechte und Freiheiten des Volkes zu beschneiden und den Absichten der Unternehmer gegen die Arbeiter Vorschub zu leisten.

Inbesondere verurteilt die Generalversammlung das Verbot und die gewaltsame Sprengung von Berliner Gewerkschaftsversammlungen, sowie die Verhinderung der Herausgabe der Publikationsorgane der Berliner Metallarbeiter.

Als nächste Maßnahme wird die Generalversammlung unter entsprechender Erhöhung der Beiträge die Streikunterstützung erneut beschließen. Des weiteren wird die Generalversammlung alles versuchen, der geschlossenen Front der Unternehmer die geschlossene Front der Metallarbeiter gegenüber zu stellen und richtet deshalb an alle Metallarbeiter das Ersuchen, sich resolut dem deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Die Generalversammlung fordert alle im Kampfe stehenden Kollegen auf, geschlossen auszuhalten, bis alle reaktionären Pläne der Unternehmer abgeschlagen sind.

Richard Müller, Heinrich Schlieffeb, Friedrich Sidert, Johann Stieffler, Karl Vorhölzer, (weiteres Nachrichten Seite 2.)

Ruhe, Sicherheit und Ordnung.

Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will endlich wieder Ruhe, Sicherheit und Ordnung haben, so schrieb gestern abend das „Berliner Tageblatt“. In diesem Ausruf ist die ganze Sehnsucht des kapitalistischen Bürgertums enthalten, dem jeder Versuch der Arbeiterklasse ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, als ein Angriff auf seine Ruhe, Sicherheit und Ordnung erscheint. Widerstandslos soll die Arbeiterklasse alle Versuche und alle Tendenzen, ihre Lebenshaltung herabzudrücken, über sich ergehen lassen.

Schon kurz nach der Revolution ist jede Lohnforderung der Arbeiterklasse mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Abbau der Preise bekämpft worden. Aber weit davon entfernt, irgendeinen Abbau der Preise einzutreten zu lassen, haben die verflochtenen Monate eine allgemeine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung gebracht, die die Steigerung während des Krieges weit in den Schatten stellt. Alle Nahrungs- und Gebrauchsmittel sind im Preise wofentlich gestiegen und steigen auch jetzt noch täglich. Gerissene Spekulanten und Schieber nutzen die Not des Volkes und die sich immer mehr verschärfende Warenknappheit zu einem großen Profit auf die Taschen der Konsumenten aus. Aber nicht nur der Handel und das Schieberum mit Waren ist ein glänzendes Geschäft, sondern auch die Spekulation und der Handel mit Banknoten und sonstigen Wertpapieren. Aus Angst vor Vermögensabgabe und anderen Steuern schaffen die Besitzenden dauernd in großem Umfange ihr Vermögen ins Ausland und bringen dadurch in Verbindung mit der ungenutzten, Deutschland mit Waren überflutenden Einfuhr aus der Entente, die ungeheure Entwertung der Mark zustande. Wurde bei Beginn der Revolution die Mark mit etwa 60 Pfennig vom Auslande bewertet, so ist durch alle diese Vorommisse ihr Wert bis auf etwa 20 Pfennig gesunken. Die dadurch eingetretene Steigerung der Preise für alle Waren lastet schwer auf der Bevölkerung, vor allem auf der Arbeiterbevölkerung, deren Lebenshaltung dadurch aufs empfindlichste herabgedrückt wird.

Verschärft wird diese Erscheinung durch die gewaltigen Preissteigerungen der inländischen Erzeugnisse. Ohne jedes Widerstreben hat die Regierung den Agrariern den Preis für das Getreide um etwa ein Drittel erhöht, sind die notwendigen Nahrungsmittel Brot, Fleisch, Zucker usw. im Preise gestiegen, haben die Bodenbarone wiederholt Preis-erhöhungen für Kohle zugelassen erhalten, die weit über die Steigerung der Produktionskosten hinausgehen und die dadurch Erhöhungen der Preise für Gas, Elektrizität und alle Industrieprodukte nach sich ziehen. Ueberhaupt lehnen ja die Landwirte, daß in den letzten Monaten die Unternehmer die beängstigende Warenknappheit zu Preissteigerungen ausgenutzt haben, die ihnen weit ansehnlichere Gewinne ermöglichten, als sie sonst üblich waren. Die Lebenshaltung der Massen ist aber durch diese Preissteigerungen gefährdet. Ihre Verelendung schreitet immer weiter um sich. Schon jetzt reichen die Einkünfte nur noch zur Befriedigung der allerwichtigsten Lebensbedürfnisse, müssen nicht nur kulturelle Ansprüche zurückgestellt, sondern auch die Entgeuerung von Kleidung, Gebrauchsgegenständen als unmöglich ausgegeben werden.

Die Angabe der Regierung, durch ihren Milliardenzuschuß zu den Lebensmitteln, eine allgemeine Verbilligung der Preise herbeizuführen, ist elend gescheitert. Sie war ja auch nur ein Täuschungsversuch, um die Massen davon abzuwenden, daß, obwohl die allgemeine Politik der Regierung, wie insbesondere die Gestaltung der Steuerordnungen, vor allem die Erhebung von indirekten Steuern und die Erhebung einer Abgabe von jedem einzelnen Umsatz eine neue ganz allgemeine und beträchtliche Steigerung der Preise hervorzurufen muß. In einem Augenblick, wo die Besitzenden mit Sammetböden angefaßt und ihre Interessen respektlos anerkannt werden, wird durch die Umsatzsteuer und ihre Folgen der Weg zur völligen Verelendung der Arbeiterklasse geebnet.

Demgegenüber ist die Selbsthilfe der Arbeiterklasse und ihr Versuch, Löhne und Lebenskosten in ein erträgliches Verhältnis zueinander zu bringen, dringender geboten. Aber jeder Versuch der Erhöhung der Löhne ist in den letzten Monaten auf immer heftigeren Widerstand gestoßen. Nicht nur bei den Unternehmern, deren Widerstand verständlich ist, und mit dem die Arbeiterklasse rechnet, sondern auch auf dem

Sindig wachsenden Widerstand der Staatsgewalt. Sie unseitig zugunsten der Unternehmer in die Wirtschaftskämpfe eingreift. Da die Löhne der deutschen Arbeiter wesentlich niedriger sind, als die der Arbeiter in Frankreich, England oder gar in Amerika, kommt dieses Eingreifen der Staatsgewalt gegen die Arbeiterklasse dem Versuch einer Wiedereinführung der Lohnklaverei gleich.

Um das Eingreifen der Staatsgewalt zu rechtfertigen, ist in allen Fällen versucht worden, den wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiter, die aus ihrer sozialen Not heraus geboren sind, gewalttätige Umsturzbahnen anzuweisen. Auch bei dem jetzigen Streik der Metallarbeiter in Berlin ist dies geschehen. Obwohl der Streik durchaus nach den statutarischen Bestimmungen der Gewerkschaften und unter Billigung der Hauptleitung des Metallarbeiterverbandes geführt wird, obwohl die Berliner Zeitung in weiser Einschätzung der am Werke befindlichen Triebkräfte stets Zurückhaltung in ihren Maßnahmen gelübt hat, ist durch eine ständig gesteigerte und von den amtlichen Stellen ausgehende Pressebeeinflussung die öffentliche Meinung gegen die Metallarbeiter systematisch einzunehmen versucht worden. Unter Verdächtigung oder größlicher Verdrehung der Tatsache, daß dieser Kampf nur um sozialer Vorteile wegen geführt wird, daß es sich nur darum handelt, die Absichten der Unternehmer auf Verminderung der Löhne zunächst zu machen, ist von der ganzen bürgerlichen Presse unter getreuer Führung des „Vorwärts“ alles nur irgendwas Erdenkliches getan worden, die Stimmung zu erzeugen, die ein gewalttätiges Einschreiten Roskes gegen diesen Wirtschaftsstreik äußerlich rechtfertigen würde.

Insbesondere in den letzten Tagen ist das geschehen. Rängere Zeit weigern sich die Unternehmer, auf den vom Reichsarbeitsministerium ergangenen Vermittlungsorschlag einzugehen. Um sie dazu zu zwingen, insbesondere aber, um den Streik abzuschließen, haben die Selzer und Waidenstätten sich mit den Metallarbeitern solidarisch erklärt und ihnen ihre Hilfe zugesagt. Ein von ihnen ausgehendes Ultimatum, daß nach seinem Ablauf nochmals verhandelt werden, ließ den Unternehmern genügend Zeit, ihre Verhandlungsbereitschaft zu erklären. Aber gestützt auf ihren Roske und seine „Technische Notfälle“ schloßen die Unternehmer dem Ultimatum trocken und bei ihrer Abneigung gegen den gemachten Vermittlungsorschlag beharren zu können. Auf ihnen und auf der sie stützenden Staatsgewalt ruht deshalb die Verantwortung, wenn es zu dem Ausschub des Streiks der Selzer und Waidenstätten überhaupt gekommen ist.

Nachdem am Donnerstag bereits durch allerlei unwahre Nachrichten der Boden vorbereitet war, ist gestern eine Verordnung Roskes erfolgt, in der jede Betätigung durch Wort oder Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, verboten und unter Strafe gestellt worden. Daß diese Verordnung unwahre Behauptungen enthält, und die Erklärungen der Streikleitung, daß sie alle Roskendarbeiten aufrechterhalten und Schädigungen der unbeteiligten Bevölkerung vermeiden will, bößig übergeht, nimmt nicht Wunder. Hatte der Urheber dieser Verordnung doch in seiner Verblendung geglaubt, daß die von ihm geschaffene „Technische Notfälle“ das Mittel sein werde, die Arbeiter zur Arbeit zurückzutreiben. Aber weit davon entfernt, diesen Zweck zu erreichen, hat das Einsetzen der „Technischen Notfälle“ den Streik nur verschärft, aber doch nicht verhindern können, daß auch diese Verordnung vollkommen wirkungslos geblieben ist und noch den neuesten Meldungen bereits von ihm aufgegeben werden mußte, also nicht, weil sie ihren Zweck erreicht hätte, nicht weil seine Drohung irgendwelchen Eindruck auf die Streikenden gemacht hätte, sondern weil durch die Vermittlungsversuche des Reichsarbeitsministeriums die Unternehmer sich jetzt in letzter Stunde zu Verhandlungen auf Grund des Vermittlungsorschlages des Reichsarbeitsministeriums bereit erklärt haben.

Wenn jetzt die Möglichkeit zur Beilegung dieses seit Wochen währenden Konfliktes gegeben erscheint, so tragen daran die Träger der Staatsgewalt und die Unternehmer gewiß keine Schuld. Sie haben in freier Verbindung miteinander den Streik nach altem preußischen Muster niederzuschlagen versucht und gewiß alles getan, um ihm Hindernisse zu bereiten. Wenn das Niederschlagen des Streiks weder ihnen, noch ihren getreuen Scholten im „Vorwärts“ gelungen ist, die an jedem kritischen Wendepunkt des Streiks zu einem neuen Schurkenstreich gegen die Streikenden ausschollen, so war die Geschlossenheit der Streikenden und ihre Einsicht, daß sie den Streik, wenn sie sich nicht von der Bahn der ihnen gesetzlich zustehenden Rechte abdrängen lassen, Schuld daran. Die Arbeiterklasse ist unüberwindlich, wenn sie, sich ihrer wirtschaftlichen Kraft bewußt, von dem Recht der Arbeitsverweigerung Gebrauch macht. Dann kann auch kein Roske etwas gegen sie erreichen.

Das Haupt der baltischen Verchwörung.

General von der Goltz beglückwünscht die Rebellen.

Wir haben von Außeninn des baltischen Abenteuers darauf hingewiesen, daß General von der Goltz das eigentliche Haupt der Verchwörung ist und daß alle Retteleien und politischen Klänge gegen das lettische Volk von ihm geschmiebelt wurden. Obwohl wir für diese Behauptung fast täglich neue unüberwindliche Beweise erbrachten, hat die Regierung den Reflexionsführer andauernd in Schutz genommen und dadurch seinem Unternehmen, das sich fast zu einer so schweren Gefahr für das deutsche Volk ausgewachsen hat, den denkbar größten Vorstoß geleistet. Noch in der vorigen Woche hat Roske in der Nationalversammlung verächtlich, der General habe bis zum letzten Augenblick „bößig lobal und forrebell seine Willkür getan“, und auch in der Antwortnote an die Entente stellte sich die Regierung schäblich vor den Rebellenführer. Dieser hat aber nämlich selber die Roske abgeworfen und durch einen Befehl an die gegen Riga kämpfenden deutschen Truppen klar zum Ausdruck gebracht, daß das baltische Abenteuer allen deutschen Ablehnungsverstößen der Regierung zum Trotz, sein ureigenstes Werk ist und daß er auch heute noch mit diesem Gevren hinter der deutsch-russischen Konföderation steht. Darüber wird auch Königsberg berichtet:

General v. d. Goltz istete einen Auftrag an die Ostbaltischen Armee, um die russischen Reservekräfte zu der russischen West-

armee, worin er ihnen für ihre Heldentaten vor Riga dankt. Wenn er auch von der Reichsregierung seiner Stelle als Kommandierender General des sechsten Reservekorps enthoben worden sei, so werde er mit allen Kräften bemüht sein, für seine alten Soldaten zu sorgen. In einem Schreiben an den Oberkommandierenden Kavallerie beglückwünscht er diesen zu den Erfolgen der russischen Westarmee vor Riga in den letzten schweren Kampfzügen, in denen zum ersten Male seit über einem Jahrhundert deutsche und russische Truppen Seite an Seite gekämpft haben.

Damit ist das ganze heuchlerische Doppelspiel, das die Regierung mit ihrer verbrecherischen Haltpolitik getrieben hat, restlos entlarvt. Und diesen Mann hat die Regierung selbst dann noch gestützt, als von uns Anfang September jener Geheimbefehl veröffentlicht wurde, in dem v. d. Goltz ganz offen für den Uebertritt in die russische Armee warb. Die Regierung erdreckte sich damals, zu behaupten, v. d. Goltz habe diesen Befehl nur erlassen, um die Truppen zu beruhigen. Heute strahlt der General die Regierung lägen für alle Liebedienste, die sie ihm je erwiesen hat. In jedem anderen Lande der Welt würde eine Regierung, die ein derartiges Maß von Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit an den Tag legte, wie es die deutsche Regierung im Falle der Haltpolitik getan hat, durch einen Sturm der Empörung hinweggefegt werden. Im Lande der „vollendeten Demokratie“ bleibt die Regierung leben und versucht, gestützt auf eine willfährige Presse, durch alle Mittel der öffentlichen Beeinflussung die Klugen des Volkes zu verblöffen, damit es nicht erkenne, in welche ungeeignete Hände sein Schicksal gelegt ist.

Ein selbstloser Ketter.

Es ist ein beliebter Teil der Kriegsverbrecher, ihre Schandthaten gegen unschuldige Völker damit zu entschuldigen, daß sie vorgeben, ihre kriegerischen Aktionen im Interesse der „unterdrückten“ Völkerbewohner zu führen. Auch der Räuberhauptmann Bermond greift zu diesem Mittel. Er läßt von Mitau aus folgende verlogene Kundgebung verbreiten:

Das räuberische Steuerhaken und die unerhittlichen Requisitionen der verhaßten Umanis-Regierung haben unter der Bevölkerung Lettlands Unwillen gegen Umanis hervorgerufen. Die Führer der Unzufriedenen wandten sich an den Vertreter der russischen Macht in Mitau, den Oberkommandierenden der russischen Westarmee Oberst Awaloff-Vermondt, mit der Bitte, im Lande die Ordnung wiederherzustellen. Oberst Awaloff, der nach dem Abzuge der deutschen Okkupationsmacht die höchste Gewalt in Lettland ausübt, lehnte anfangs jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands ab. Erst als die lettische Regierung den Vorkriegsvertrag mit den Bolschewiki in Dorpat abschloß und unterläßt von den Esten Truppen gegen die antibolschewistische russische Westarmee aufmarschieren ließ, entschloß sich Oberst Awaloff zu handeln. Zur Sicherung seiner bedrohten militärischen Basis befehligte der Oberst das ganze linke Düna-Ufer. Die Bevölkerung Lettlands jubelt dem Obersten Bermond zu und hofft, daß er auch im nördlichen Teil Lettlands Ordnung schaffen wird. Oberst Bermond hat sich jedoch vorläufig begnügt, die Basis zu sichern, die seine Truppen raumgänglich für den weiteren Vormarsch gegen den Moskauer Bolschewismus benötigt.

Daß sich der Führer einer Räuberbande als Ketter des herabdenkenden Volkes auspielt, ist eine Unnahung, so frech, daß sie nur von der Dummheit derjenigen übertrifft werden kann, die seiner vorgeläufigen Rolle Glauben schenken. Wir haben erst in unserer gestrigen Morgenausgabe wieder den Beweis erbracht, daß es den Truppen, die unter Bermond gegen die Letten kämpfen, nur auf „Ruheln“ ankommt. Daß nun eine Bevölkerung, die bis auf's Hemd ausgeraubt wird, darüber in Jubel ausbrechen soll, ist eine Entdeckung, für die neben dem Obersten Bermond höchstens noch der Graf von der Goltz oder der Major Wischoff eine Erklärung finden wird.

Sturm am Königsplatz.

Ammer heißt er noch Königsplatz, der Platz, wo der gewaltige Wallstoaß mit der Anschrift: „Dem deutschen Volke“, sich erhebt. Entzündet sind nicht! Auch die Wühler der Revolution mahlen langsamer, als ich lieb ist. So kommt es denn auch, daß im Glatz des Reichsamts des Zinner noch 3500 Mark für die Unterhaltung der Nationaldenkmäler, darunter die für Kaiser Wilhelm den „Großen“, und für den Fürsten von Bismarck, angefordert werden. Ueber diesen Etat wurde gestern in der Nationalversammlung beraten. Doch zunächst kamen eine Anzahl kleiner Anfragen zur Erledigung, darunter eine sehr umfangreiche des Abg. Mumm wegen des famosen Sematsdienstes. So lang die Antwort des Regierungsvertreter war, sie konnte nicht verdunkeln, daß dieser Sematsdienst eine Menge Unheil treibt, Natürlich stellt der ichone Name wieder eine Täuschung dar. Es handelt sich lediglich um einen Dienst für die Regierung.

In der nun weitergehenden Debatte über Herrn Roskes Vektor beschloß sich Genossin Fiech eingehend mit dem gestern hier erwähnten Programm dieses Ministers. Jugendwohlfahrtspflege? Durch Euch, die ihr mit Wohlstandsgewehren auf Jugendliche jähren lacht! Wir misstrauen euch! Roske und die Schurkengänge — wer wüßte nicht davon? Genossin Fiech schilderte nochmals die Qualen der Schurkhaft, spricht von Hungerstreik und wird von der bürgerlichen Abg. Frau Brömmel mit dem verständnisvollen Auf unterbrechen: Weshalb essen sie nicht? In der Tat, Frau Brömmel würde nie aufhören zu essen. Auch mit dem Spitzelwesen beschäftigte die Rednerin sich. Schatz machte sie Front gegen die Tatsache, daß man jetzt nur Kommunist oder im Verdacht der Sympathie mit Kommunisten zu sein braucht, um in Schutzhaft zu kommen. Es ist ärger als je unter dem Sozialistengesetz. Trotz allem: Verbalte ruhig! Mumm rief sie den Arbeitern zu. Laßt euch nicht provozieren. Seid bereit, wenn es sein muß, mit Leib und Leben die Republik zu verteidigen!

Während der Rede der Genossin Fiech war es mehrfach schon recht lebendig im Hause geworden. Eine schon bekannte Erwähnung, wenn sie spricht. Als dann nach einer inhaltslosen Erwiderung des Ministers Roske der Reichswehrminister Roske das Wort nahm, Riga das Barometer auf Sturm. Es kam zu einer regelrechten Streikdebatte, bei der nicht nur dem Roske scharf entgegen wurde, auch der Präsident mußte zweimal Gasse lassen.

Unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien, besonders der Deutschnationalen, mit denen er eine Familienkiste geraten schien, drohte Roske den unteren Fraktion, daß es für sie um Kopf und Kragen werde, wenn sie erneut den gewalttätigen Umsturz wollten. Ihm wurde erwidert, daß er um seinen Kopf Sorge tragen solle. Weiter prolegte er: Ich fügt, daß, wer weiter zum Streik in den „Lebensbetrieben“ auffordere, mit Gefängnis bis zu einem bestrafter werde. Auch werde er dafür sorgen — fernerdin —, daß solche Leute hinter Schloß und Riegel. Mit Recht, riefen Rechtssozialisten dazu. Haupt, was sich einzelne von diesen Leuten, wie Herr Gerz, V., leisteten, war kaum glaublich. Als er Freund Roske in Bedrängnis sah, sprach er ihm entgegen, „Sympathiestreiks“ seien etwas Neues, erlagen wollte, Unbegreifliches. Ein sauberer Arbeiter! Die Genossin Fiech erwiderte dem Roske seinem Helfershelfer mit Schneid und Treiffischer Genosse Daukand nahm sich den Herrn Krüger Roske Kurt Gert sagte dem Reichswehrminister, sein Tun von der Partei diktiert sei, und Fritz Gerz, daß er sich an seiner Stelle schämen würde, sich auf den Tritt von schwerbewaffneten Männern bescheiden zu lassen, wie Herr Roske nicht hindern, auch fernerdin auf den Freiheit vorzuwerfen. Wenn jemals erkennbar von Regierungsmännern eine Atmosphäre erregte, Attentate und Mörder geüben, gestern, während der Debatte, wurde es erkennbar. Wenn ein Minister Ausdruck und der Gedärbe des Roske Volkswort heraus anklagt, dann heißt das doch wirklich, willfährigen Elementen Mut zusprechen. Nie hat Vertreter des Bürgertums oder selbst der Bräutler gezeigt.

Die Streikdebatte war der Höhepunkt der gestrigen Tagungen. Der hohe Atem der Revolution und die Erfüllung des Verhandlungsraum. Das sollte redet wurde, mußte notwendig demgegenüber verhalten. Nachfolgerin von Neumann, Fr. Lüders, die Junaferrde, eine Rede voll sozialer Dranges, daß das Gebot der christlichen Nächstenliebe nicht hindern Genosse Kunter sprach vom Gesundheitsamt. trotz unterer Fraktion auf Sozialisierung der Heilwesen wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen gelebt. Selbst die Rechtssozialisten blieben sitzen.

Rücktritt Schindles vom Verbandsrat.

Die Freitagssitzung des Verbandsrats der Metallarbeiter.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“

Stuttgart, 17. Am Freitag begann die Sitzung mit dem Bericht von Nummer. Auch Nummer kann nicht anders, der beste Beweis dafür, daß die Fragen der Arbeiter auch bei gewerkschaftlichen Tagungen politisch behandelt werden müssen. Nummer wußte die Vertretung seiner Ansicht in Bemerkungen über den Verbandsrat und über die Redaktionskommission der „Metallarbeiter“ zu verknüpfen, die bei seinen Ausführungen eine Rolle spielte. Am Schluß seiner Rede benannte Nummer, daß sollten unter Zurechnung aller persönlichen Verhältnisse unter Kräften an dem Verband mitwirken. Die Debatte mächte im hebräitischen Sinne geleitet werden. Die handeleitung mächte jeder Richtung des Beschlusses die Stärke entsprechende Vertretung zugeordnet werden.

Der Vermittlung wurde dann angefügt mit der Debatte über den Vorstandsvorstand. Es wurde mit politischen Argumenten verknüpft. Auch Roske der Debatte das Wort, um die Politik der Generalversammlung zu verteidigen. Er stellte die Frage: entweder rein politische Bewegung oder politische Bewegung. Roske Freunde wollten nicht erkennen, daß gewerkschaftliche der Gegenwart ausbleibe politische Kämpfe sind und werden. Dittmann setzte eine Resolution vor, in der die Generalkommission und der Gewerkschaftsverband urteilt wird. Ferner verlangt die Resolution dem Vorstand des Verbandes, sowie eine Politik, die sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stützt.

In der Nachmittagsitzung wurden die Beschlüsse der Referenten entgegengenommen. Nummer sprach seinen Schlußwort gegen die Metallarbeiter. Roske, der Roske warnte, sich für das politische und soziale Leben. Mittel verlor zum Schluß einen Schicksal, in dem dieser mittel, daß er vom Vorstand vor sich zurücktrete, weil er die Verantwortung nicht übernehmen könne für die Einmischung, die der Verband hat. Dittmann und Hand wüßten, daß die des Dankes und der Anerkennung für sein Wirken stand. Am Schluß der Sitzung kam es wegen des Beschlusses zu einer Auseinandersetzung zwischen der Leitung und der Opposition, bei der sich herausstellte, daß die Widerstand der Fraktion Gass scheitern wird, weil die die erforderliche Zweidrittelmehrheit zur Statutenänderung nicht hat.

Am Sonnabend früh wird über die Resolutionen diskutiert.

Von Stuttgart aus ist am Donnerstag der Presse eine Nachricht übermittelt worden, daß die ralfertommung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzeitig abgebrochen werden würde und die Meinungsverhältnisse zwischen den Metallarbeitern und den Unabhängigen so groß geworden wären, daß eine Einigung mehr möglich schien. In die Richtung wichtiger materieller Angelegenheiten überhand nicht eingetreten werden können. Diese Nachricht ist ein Schwindel, der dem Zweck von interessierter Seite in die Welt gebracht worden ist, um Verwirrung in die Reihen der Metallarbeiter zu bringen. Wie die Debatte an den Tagungen ersehen, sind die Verhandlungen an keine Stelle gekommen, und es ist auch zu einem Einvernehmen keine Caposition, die die Mehrheit blüht, und der vorläufigen Winderheit gekommen. Herr Schindler hat sich nicht genua gevesen, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr: Luther.

Opernhaus. 7 Uhr: Mignon.

Schauspielhaus. 6 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Cymbeline.

Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Königgrätzer Straße. 7 Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. 8 1/2 Uhr: Liselott.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Bummel-Studenten.

Trianon-Theater. 8 1/2 Uhr: Aschenbrödel.

Residenz-Theater. 8 1/2 Uhr: Die höhere Leben.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Eine Frau wie Du.

Wintergarten. täglich 7 1/2 Uhr.

Casino-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Welt im Jahre 2000.

Apollo-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Welt im Jahre 2000.

Theater an Kottbuser Tor. 7 1/2 Uhr: Eute-Sänger.

Circus Busch. 8 Uhr: Die Aurore.

Königsstadt-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Vielgeliebte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsbüro Berlin N. 54, Lindenstraße 63/65.

Branden-Verammlung. sämtlicher Schmiede u. Hammerführer Groß-Berlins statt.

Zentralverband der Angestellten. SW 61, Delfo-Milano-Str. 7/10, Tel. Amt Nollendorf, 4460-4463.

Aufruf! Die Ortsverwaltung.

Viehdorf-Zuid. Kaulsdorf-Zuid in der Nähe v. Str. Sadoma.

Villen-Grundstücke. Falkenhagen-West.

Gartengrundstücke. in der Nähe v. Str. Sadoma.

Eigenheim-Gesellschaft. Nieschale & Nische, Berlin NO 45.

Möbel. liefert sehr preiswert gegen bar und Teilzahlung.

Ausschreibung der Stelle des Direktors des Jugendpflegeamtes der Stadt Berlin.

Die Stelle des Direktors des Jugendpflegeamtes ist baldigst zu besetzen.

Zeugen gesucht! In dem Prozeß gegen Haberland und Genossen.

Bürgerliche Möbel. in guter Ausführung, herrührend aus günstigen Einkäufen.

Möbel-Frese. Weinbergsweg 1 Rosenthaler Platz.

Schafwolle. Kottbuser Damm 68.

Elektrische Leitungsdrähte. Kabel - Litzen.

Spiralbohrer. Feilen.

Schnellaufbohrer. für dringenden Bedarf.

Rührer Wiederverkäufer. für eine soziale Fräulein.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Platin. Vorverkauf von Platin.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Stoffe. zur Damen- und Herrenbekleidung.

Kassner. Möbel.

Grebler. Möbel.

Beiser. Möbel.

C. Pelz. Stoffe.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Beiser. Möbel.

Wilhelm Hinz nebst seiner Frau die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Verheiratung.

Deutscher Bauarbeiter-Verein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Herr **Paul Bergemann** (Bezirk Osten II.) am 15. Oktober verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle in Ahrenseide aus statt.

Am 15. Oktober starb der Kollege **Emil Grätsch** (Bezirk Osten II.)

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle in Ahrenseide aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Möbel. Günstiges Angebot für gemeinsame Wohn- u. Schlafzimmer.

Möbel. 1 Kleiderschrank, 1 Verticillo, 1 Bettstellen, 1 Patentstuhl, 1 freist. Aufklarer, 1 Koffert, 1 Spiegel, 1 Ausziehtisch, 4 Stühle.

Möbel. M. 1405.— Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Solzmann. Belle Alliancestr. 100.

Schwernörsigkeit. Auskunft umsonst bei Schwernörsigkeit.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Möbel. liefert gegen bar und auf Teilzahlung.

Ein neuer Zusammenstoß mit Koste.

Deutsche Nationalversammlung.

Freitag, den 17. Oktober 1919.

Nach Erledigung einiger Anfragen wird die zweite Lesung des Haushalts des Jahres fortgesetzt.

Abg. Müller (D.): Nach der Verfassung ist der Religionsunterricht ordentlicher Unterrichtsgegenstand. Wenn nun von der Regierung erklärt wird, es müsse eine Erklärung abgegeben werden, wenn ein Kind an dem Religionsunterricht teilnehmen soll, so heißt das, die Teilnahme am Religionsunterricht zur Ausnahme und die Nichtteilnahme zur Regel zu machen.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung hat erkannt, dass die zweckmäßigste Form, in der die Erklärungen über Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht abgegeben werden, erst im Einvernehmen mit den Landesregierungen festgelegt werden soll. In Durchführungsstellen der Hälfte der Kreise sind die Erklärungen bereits festgelegt. Die Summe, die für den Ausbau des Religionsunterrichts in zwei Milliarden betragen. Die Lage der Landesregierungen ist in den verschiedenen Staaten, auf deren Gebiet die Erklärungen liegen. Die Preisverhältnisse fallen sehr verschieden aus, sondern sind auf den Verhältnissen im Lande zu beruhen. Gegen Arbeiterräte bin ich nur, soweit sie im politischen Rechte bestehen. Eine Verfügung, wonach kein unabhängiger Sozialist im Reichsdienst beschäftigt werden dürfte, besteht nicht.

Abg. Luise Zieg (U. Soz.):

Die gestrige Programmrede des Herrn Ministers des Innern hat in einzelnen ihrer Teile in der Form zwar höflich und nicht falsch, aber im Wesen eine scharfe Kampfanlage an die Arbeiterklasse. Andere Teile dieser Rede, die kulturelle Perspektiven geben, hatten einen anderen Charakter. Von ihnen konnte man sagen: Wenn man so hört, wundert sich nicht. Jedoch die Erklärung wird hören, ob Herr Koch, seinen guten Willen und seine große Energie vorausgesetzt, das durchsetzen wird, und zwar gegenüber seinem Herrn Ministerkollegen durchsetzen wird, von dem gegenwärtig gemeinsam mit der Militärkommission die Religionsangelegenheit mit schrankenloser Brutalität und Rücksichtslosigkeit ausgeübt wird. Dagegen greife ich keinen Augenblick, daß der Herr Minister des Innern bei den Bemühungen, die kulturelle Ordnung, das heißt die ungeschmälerte Ausdehnung der Arbeiterklasse, wieder herzustellen und weiter zu fundieren, die weitgehendste Unterstützung dieses genannten Kollegen mit der eisernen Stirn und der gepanzerten Faust finden wird. Ich komme darauf später noch zurück.

Zunächst einiges zu dem Kulturprogramm des neuen Ministers. Da war mir die Wendung sehr interessant, daß wir, nachdem wir mit Panzerschiffen nicht mehr werden können, durch unsere Kulturleistung und Geltung in der Welt verschaffen müssen. Darum kann doch ganz deutlich das Bedauern, daß die Zeiten der schrankenlosen Kämpfe zu Wasser und zu Lande vorbei sind. (Lachen rechts.) Wir dagegen freuen uns von Kanonen stets kämpft, weil wir sie als ständig wachsende Gefahr für den Frieden und als Kulturwidrigkeit betrachten. Wir haben uns betont, daß wir allein als Kulturförderer und eines großen politischen Volkes würdig den Weltmarkt in Industrie und Kunst und Wissenschaft halten. Aber aus eigenem Entschluß sind die Vertreter des deutschen Volks, gestärkt durch die Regierung, nicht dazu gekommen, so zu verfahren, — der schrecklichste Zwang hat sie erst zu diesem Schritte treiben müssen. Auch anderes, was wir dringend gefordert haben, wird jetzt unter dem Vorwand der Not in Mitleid. Der Herr Minister hat eine Resolutionen in Aussicht gestellt, um eine

Einheitslehre des Schul- und Bildungswesens

in Deutschland anzubahnen. Er verspricht sich davon eine Hebung der politischen Verfassung. Die wird unserer Meinung nach dadurch sicher nicht kommen, denn diese politische Verfassung erwächst aus den Massenverhältnissen und den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Schichten der

Bevölkerung. Aber die Schaffung der Einheitslehre des Schul- und Bildungswesens würden wie lebhaft begrüßen. Sie ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Diese Forderung bildet das Kernstück unserer großen sozialistischen Erziehungsprogramms, in dem wir die Einheitslehre des gesamten Bildungswesens, vom Kindergarten bis zur Universtät fordern.

Das wäre denn allerdings erst der äußere Rahmen für die Erziehung, für das Schul- und Bildungswesen. Das Wichtigste ist allerdings der sozialistische Geist, von dem diese Erziehung geleitet sein müßte. Der müßte hingulernen, um die Menschen zu formen, um sie zu körperlich und geistig harmonisch entwickelten Vollmenschen, zu Persönlichkeiten mit einem aufrechten Sinn, mit einem warmen Herzen, mit einem eisernen Willen und einem tüchtigen Wissen und Können entsprechend ihrer Verantwortung heranzubilden, Menschen, die sich ihrer selbst, aber auch ihrer Verpflichtungen gegen die Gesamtheit bewusst sein müssen, erfüllt von einem starken Verantwortungsbewußtsein. Mit aller Nachdrücklichkeit möchte ich betonen, daß unserer Meinung nach — und wir befinden uns da in Übereinstimmung mit den besten Pädagogen — diese Erziehungsarbeit im Kindergarten beginnen müßte, dessen Versuch obligatorisch für alle Kinder zu sein hätte, nicht nur als Vorbereitung für die Arbeit erwerblich per Frauen.

Im Kindergarten spielen die Kinder unter Leitung von tüchtigen Pädagogen spielend zur Arbeit und zur Solidarität untereinander angeleitet werden, und vom Kindergarten aus müßte der Eintritt in die Einheitslehre erfolgen, die eine weltliche und eine Arbeitsschule sein müßte, in der beide Geschlechter gemeinsam zu erziehen wären, und auch für beide den Aufstieg in die höhere Lehramtsstufe ihrer Begabung entsprechend zu ermöglichen.

Aber durch das Schulkompromiß der Rechtssozialisten mit Demokraten und Zentrum haben Sie sowohl die Weltlichkeit der Schule als auch die Einheitslehre verhindert. Das Fundament ist deshalb schlecht und morsch, und das kann auch der Lieberbau kein guter werden. Wenn jetzt der Genosse Kegel über der alte eifrige Demokrat Sad unter uns weilen würde, ich möchte sehen, wie die Weisheitslehre der Kritik moderaten würden auf diejenigen, die diesem Schulkompromiß zugestimmt haben, wie die Weltlichkeit und die Einheitslehre und Verschmelzung sozialistischer und demokratischer Forderungen gerade in dieser wichtigen Frage der Erziehung. Ein harter, ein scharfer Kampf wird, weil die Dinge so liegen, deshalb alljährlich um die Schule, um ihre Reform, ihre Umgestaltung entfremden.

Der Jugendwohlfahrtsfrage, die die Regierung in Aussicht genommen hat, für die sie bezeichnenderweise ganze Hunderttausend Mark eingelegt hat — die Kommission hat diese Summe erst auf 500 000 Mark erhöht — bringen wir das größte Mißtrauen entgegen. Von einer Regierung, die auf Jugendhilfe, die einen Sonntagsschulung machen, mit Nachsichtswesen schießen läßt, erwarten wir keine segensreichen Einrichtungen. Es ist geradezu eine Schande, daß Koselgardisten

auf jugendliche Ausflügler schießen

konnten, und das nennt sich eine demokratische Republik! Eine Zeitung hieß es sogar eine sozialistische Republik! Die Jugendlichen, die frühzeitig zum Brotwerb gezwungen sind, sind auch früh selbständig. Man gebe ihnen die Freiheit der Betätigung in der Jugendbewegung und Sorge für einen weitgehenden Jugendschutz, der nicht erst bei den Jugendlichen, sondern bei den Kindern beginnt. Man Sorge dafür, daß jegliche Kindererwerbsarbeit restlos verboten wird, man Sorge dafür, daß der Jugendbrot eine Verkürzung der Arbeitszeit für Jugendliche erfolgt, daß die Herren für die Jugend geistlich werden, und halte sich fern von einer Beherrschung, die immer eine bestimmte Tendenz trägt und die instinktiv als erbeiterfeindlich von der Jugend empfunden wird. Wenn man so verfährt, wäre der sittlichen Stärkung der Jugend am besten gebient.

Selbstverständlich sollen die Jugendlichen nach unserer Meinung sich auch mit Politik beschäftigen. Durch die Erziehung zum Sozialismus, wie sie in unserer Jugendbewegung gegeben ist, wird auch am besten der Schundliteratur begegnet, wird in die jugendlichen Herzen das Ideal der Menschheitsgerechtigkeit gepflanzt,

das Gefühl des Solidarität, der abgegrenzten Menschen- und Nächstenliebe. So ist das der beste sittliche Schutz für sie. Aber die Regierung hindert diese Erziehung, indem sie die Jugendzeitungen verbietet, nicht die Zeitungen der Weisheitslehre, aber die Jugendzeitungen der Unabhängigen und der Kommunisten. In diesen Jugendzeitungen der Unabhängigen — ich kann Nummern davon auf den Tisch des Hauses verlegen — steht kein Wort von einer sogenannten Aufregung, das man als Vorwand für das Verbot nehmen könnte. (Lacht, lacht bei den U. Soz.) Diese Jugendzeitungen stehen auf hoher geistiger Warte, und es wäre das beste Kampfmittel, wie ich schon sagte, gegen die Schundliteratur. Wir haben Beschwerden an die Regierung wegen des Verbotes der Jugendzeitungen gerichtet, die heute sind mir aber ohne Antwort auf diese Beschwerden geblieben, die Jugendzeitungen (sich eben dauernd verboten zu sein, sowohl die ungenannten wie auch die beiden der Kommunisten. Dieses Verbot reiht sich ein in die Reihe aller Verbote unserer Parteizeitungen, über die wir und Tag für Tag klagten. Diesem Verbot der Jugendzeitungen steht nachfolgend zur Seite

das Verbot der „Freiheit“.

das Verbot einer Reihe unabhängiger Zeitungen im Westen. Heute ist und die Mitteilung geworden, daß auch unser Organ in Österreich verboten worden ist. (Lacht, lacht bei den U. Soz.) Wir haben für Österreich um Zuwendung von Papier für die Zeitungen ersucht; es wurde uns gesagt, es sei keine mehr vorhanden. Es ist dann verkehrsfreies buntes Papier beschafft worden, und es ist dann darum ersucht worden, die Freigabe des Blattes zu beschleunigen. Herr Köhling hat erklärt, er verleihe die Genehmigung der Zeitung. Ich frage den Herrn Minister des Innern, was er zu diesem und all den anderen Verböten sagt. Über die wir uns zu beklagen haben. Es ist so bezeichnend, daß gerade die Jugendbewegung in der freien sozialistischen, nein, parson, in der demokratischen Republik so schikaniert wird.

Es ist eine Fortsetzung der Praxis unter dem alten Regime, wo wir uns über diese Dinge beschwert haben, wo man sich aber immer noch bis zu einem gewissen Grade auf gesetzliche Bestimmungen stützen konnte, auf reaktionäre allerdings, aber doch auf gesetzliche. Diese reaktionären Bestimmungen sind jetzt durch die Revolution hinweggeräumt; aber die Verfolgung und Schikaniierung der Arbeiterjugend ist genau so wie früher. Welche Erhellung durch solche brutale und gesetzwidrige Unterdrückung ihrer Zeitung in der Herzen der Jugendlichen gepflanzt wird, das scheint den Urhebern dieser Maßnahme nicht zu kümmern.

Dann muß ich ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Braun von der rechtssozialistischen Partei sagen. Ich halte eine seiner Reden von gestern für eine unehrliche Denunziation, für die Herr Braun gar keinen Beweis hat. — Es ist doch bezeichnend für das Niveau der Nationalversammlung, daß mir Herr Braun höhnend zugewandelt und -rufen kann. Herr Braun hat gestern gesagt, daß in den Reihen der kommunistischen Jugend die Homosexualität anzutreffen sei. Er hat das gleiche auch von den Wandervögeln behauptet. Ich habe von diesen Dingen bei den Wandervögeln noch nichts gehört; ich kann es aber auch nicht bestreiten, weil ich ihnen nicht näher sehe. Aber ich weiß, daß sowohl in der unabhängigen Jugend als auch in der kommunistischen Jugend das ausgeschlossen ist. (Lacht, lacht bei den Wandervögeln auch.) Daß ein einzelner Fall einmal irgendwo vorgekommen ist, ist vielleicht möglich; das kann niemand kontrollieren, aber so, wie es Herr Braun gesagt hat, ist es eine allgemeine Behauptung. Es ist unerhört, daß hier in der Nationalversammlung eine solche Verleumdung in die Welt hinausgeschleudert wird.

Bei der kommunistischen Jugend werden Dutzende und junge Mädchen miteinander erogen, machen gemeinsam ihre Ausflüge und gerade durch diese Kameradschaftlichkeit zwischen beiden Geschlechtern und durch die Tatsache, daß Erwachsene die Leiter, Freunde, Ratgeber bei diesen Ausflügen sind, ist der beste Schutz gegen solche Verirrungen gegeben. Ich behaupte, daß die Dinge so liegen, wie Herr Braun sie dargestellt hat. Ich muß nochmals wiederholen: Ich halte es für unerhört, daß die Leiter des Hauses dazu benutzt wird, um gegen junge Leute, die sich hier nicht verteidigen können, solche Vorwürfe zu erheben.

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germaine zur Mühlen.

Jimmie betriet sich ernstlich mit Dizzie, ob sie nicht gut daran täten, nach Hubbardtown zu ziehen — das war eine kleine Gemeinde in der Hauptstraße verlockten ihn hierzu. Die Hubbardtown-Maschinenfabrik machte den Versuch, dem alten Granitz die Arbeiter fortzuschmeißen, indem sie zweiunddreißig Cents die Stunde für halbgebildete Arbeiter böll Jimmie zog Erkundigungen ein und erfuhr, die Gesellschaft erweiterte ihren Betrieb für Gasmaschinen; zu welchem Zweck dies geschähe, wurde nicht mitgeteilt. Doch nahm man allgemein an, die Maschinen seien für Motorboote bestimmt, die zum Versenken der Unterseeboote verwendet werden sollten. Jimmie sah ein, daß die Genossin Mabel Smith recht habe: er könne ebenso gut bei seiner alten Arbeit bleiben. Er wird alles Geld einstecken, das er bekommt, und es dazu verwenden, die Kriegsgewinnler in ihrer Ruhe zu stören. Zum erstenmal in seinem Leben war Jimmie der Notwendigkeit entzogen. Jetzt konnte er überall eine gut entlohnte Arbeit finden und brauchte nicht mehr auf die Arbeitgeber Rücksicht zu nehmen. Er wird mit den anderen Arbeitern sprechen, ihnen erklären, was der Krieg bedeutet, über den Krieg, der heute noch ein Kapitalistenkampf ist, sich aber möglicherweise in eine andere Art Kampf verwandeln wird, der gar nicht dem Gewinn der Kapitalisten ent-

die Miete, Hotels verdoppelten ihre Preise und mußten trotzdem überzählige Gäste auf Billardtischen schlafen lassen. Sogar Tom Callahan von der „Huffeteria“ sah sich genötigt, zwei Gehilfen anzunehmen, einen Gasträum anzubauen und die Küche in den Hinterhof zu verlegen.

Abends waren die Straßen von Fremden erfüllt, in Livy's Kino waren alle Plätze besetzt, das „Von Marsch-Schulmohrenhaus“ veranstaltete jede Woche einen Kundverkauf, und die Türen der Wirtschaften waren in steter Bewegung. Natürlich kamen an einen Ort, wo es so viele Männer gab, auch Frauen nach, Frauen aus allen Klassen. Leesville besah etwa zwanzig Mädchen und hatte sich stets seiner Ehrbarkeit gerühmt; nun schienen alle Dämme eingerissen, die Stadtpolizei wurde von der neuen Bevölkerung überflutet — oder war es die Goldflut, die über Russland aus Paris kam? — und in der Hauptstraße konnte man Dinge sehen, die das Mißtrauen gegen den Krieg bestärkten.

Nie noch hatte es eine geeignete Zeit für sozialistische Propaganda gegeben. In diese Menschenmassen, von allen Enden der Welt zusammengetrieben, von heimischen, religiösen Bänden, von alten Gewohnheiten losgerissen, mobillos miteinander lebend, waren ein guter Boden für jegliche Lehre. In früheren Zeiten hatten diese Leute sojalsam die Nahrung angenommen, die ihnen Zeitungsredakteure, Prediger und Politiker verabreichten, hatten sich einer alltäglichen, ehrbaren Arbeit hingeeben, ein zartes, aller Abenteuer bares Leben geführt. Jetzt aber versetzten sie Munition, und diese Arbeit schuf eine eigenartige psychologische Atmosphäre. Solange Leute Unkraut jäten, Dächer deden, Straßen bauten, fiel es dem Unternehmer leicht, mit frommer Miene von Ordnung und Gesetz zu sprechen; was aber konnte er Arbeitern sagen, die damit beschäftigt waren, Granatbüchsen herzustellen, welche dazu dienten, Menschen in Stücke zu zerreißen?

Diese Tatsache wurde von den Sozialisten, den Anarchisten, Syndikalisten und Gewerkschaften ausgenützt. „Seht euch die Herrenklasse an, betrachtet die von ihr geschaffene Zivilisation! Im tiefsten Kulturzentrum der Welt sind zehn bis zwanzig Millionen Lohnslaven gegeneinander getrieben worden!“ Und dann schilberten die Redner die blutigen, bestialischen Taten dieser zehn bis zwanzig Millionen. Die Tageszeitungen versahen sie immer mit neuen Einzelheiten: Hunger und Seuchen, Brand und Mordel-

Gasbomben, Flammenwerfer, versenkte Passagierdampfer. Betrachtet die frommen Heuchler, unsere Herren, mit ihrer Vereinerung, ihrer Kultur, ihrer Religion. Diese Leute wollen eure Führer sein, für diese Leute habt ihr mühselige, arbeitschwere Jahre verbracht, an euren Maschinen gefesselt!

III.

In jeder Straßenecke, in jedem Verkaufsstelle, an jedem Ort, wo sich die Arbeiter in der Mittagspause versammelten, wurden solche Argumente laut, und Leute lauerten ihnen, Leute, die noch niemals dergleichen gehört hatten. Sie nickten beistimmend, belauschten grimmige Gesichter, ja die Herren an der Spitze sind eine verkaufte Bande. Sogar hier in Amerika, das ja als Land der Freiheit gilt, sind sie ebenso wie anderswo, umdrängen den Fuhrmann um das Blut zu trinken, das in Europa vergossen wird. Natürlich sei ihre Aufgabe unter der Maske der Sympathie für die Militären verborgen; glaubte denn irgend jemand, der alte Granitz liebe die russische Revolution? In Leesville glaubte dies keiner, sie wußten, daß er nur „auf das seine bedacht“ war und in ihren Herzen erhärtete sich der Entschluß: „auf das ihre bedacht zu sein“.

Anfangs schien es, als ob dies gelänge. Die Wöhne stiegen höher von selbst; noch nie hatte der ungelernete Arbeiter so viel Geld in der Tasche gehabt, und der gelernt wurde plötzlich zum Blutrotten. Doch entdeckten die Leute gar bald den Bumm in dieser köstlichen Kriegskasse — die Preise stiegen ebenso sehr wie die Löhne, an manchen Orten noch mehr. Die Hausherren verlangten ungläublich hohes, ein Arbeiter mußte zwölf Dollar die Woche für die zwölfwöchentliche Benutzung einer Matratze und einer Decke bezahlen, die früher fünfzig Cents gekostet hatte. Nahrungsmittel gab es wenige und diese waren von geringer Qualität; ehe man sich verlor, mußte man sechs Cents für ein Stück Brot oder eine Tasse Kaffee bezahlen. Dann sieben Cents und dann zehn. Vegetarier mußten auf, so ersetzte der Wirtschaftsbauer eine lange Geschichte, wie viel er sich Miete und Löhne und Waren zahlen mußte, und er brach wahrscheinlich die Wahrheit. Das einzige, was nicht teurer wurde, waren die Briefmarken, und dies erklärte den Sozialist damit, daß die Post von Onkel Sam nicht von Mabel Granitz verwaltet wurde.

(Fortsetzung folgt)

... (left margin text) ...

... (top middle text) ...

... (top right text) ...

... (left margin text) ...

... (middle text) ...

... (middle right text) ...

Der „Aufruhr“-Prozess gegen die Vorwärtsbefragung.

Scheidemann als Zeuge. — Alle Angeklagten aus der Haft entlassen.

In der gestrigen Verhandlung wird als erster Zeuge der ...

... (middle right text) ...

... (left margin text) ...

... (middle text) ...

... (middle right text) ...

... (left margin text) ...

... (middle text) ...

... (middle right text) ...

... (left margin text) ...

... (middle text) ...

... (middle right text) ...

... (left margin text) ...

... (middle text) ...

... (middle right text) ...

... (bottom middle text) ...

U.S.P.D. Taschenkalender 1920. Reicher Inhalt — Gute Ausstattung handliches Taschenformat — Solide gebunden 2 Mk. Zu beziehen durch die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin NW 6 Auch durch unsere Filialexpeditionen

